



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

β: Wohnungs- und Bodenpolitik : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

aufgestellt werden, das vermag weder die Staatsaufsicht noch ein Gesetz zu verhindern, auch wenn der Strafrichter dagegen einschreitet. Derartige Vergehungen sind auch bei den Spielhagenbanken vorgekommen. Es sind deshalb die Leiter in Haft genommen. Diese Gesetzesverletzungen oder Vergehen sollten hier nicht weiter erörtert werden, sondern nur die Gesetzesumgehungen, d. h. die Maßnahmen, die man zwar mit dem Buchstaben des Gesetzes noch vereinbaren kann, die aber seinem Geiste schnurstracks entgegenlaufen.

Die verhafteten Leiter der Spielhagenbanken mögen sich zunächst mit den Gesetzesumgehungen begnügt haben, d. h. damit, dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen, sie sind jedoch dabei nicht stehn geblieben, sondern auf der abschüssigen Bahn weiter hinabgeglitten und haben sich schließlich durch die Macht der Verhältnisse fortreißen lassen, Verbrecher zu werden, falsche Buchungen vorzunehmen, unrichtige Bilanzen aufzustellen und Gewinne herauszurechnen, wo Verluste waren. Ein Keil treibt eben den andern. Wer von dem rechten Wege abweicht, wird beim ersten Schritte nicht stehn bleiben, oft auch nicht stehn bleiben können. Derartigen Versuchungen werden die Hypothekenbanken immer ausgesetzt sein, die sich nicht mit dem soliden oder wohlfundierten Hypothekenbank- oder Pfandbriefgeschäft allein begnügen, sondern auch Baustellen beleihen, Baugelder hergeben und Gewinn noch auf andre Weise an der Börse suchen. Man beseitige diese Versuchungen, erlaube diese Geschäfte nicht mehr den Hypothekenbanken, und sie werden gesünder werden.

Spandan

Georg Baumert



Wohnungs- und Bodenpolitik

(Schluß)



eber Stadt und Land im neunzehnten Jahrhundert sagt Scholler in seinem im vorigen Jahr erschienenen Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, die neuere Zeit habe, wie für die städtische Entwicklung, so für das ganze Siedlungswesen andre Bedingungen geschaffen. Zunächst hätten sich die Verkehrsmittel ausgebildet wie niemals früher: die Post im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, die Kanäle im achtzehnten, die Chaussees und Bizinalwege in der ersten Hälfte, die Eisenbahnen und Telegraphen in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts; dazu sei die Entwicklung der modernen Technik gekommen, die zunächst gewisse gewerbetreibende Städte außerordentlich rasch gehoben habe. Ebenso einflußreich seien die allenthalben erfolgende Aufrichtung festerer staatlicher Gewalten auf viel größern Gebieten, einer geordneten Polizei, eines freien Verkehrs innerhalb der Staaten gewesen. Im neunzehnten

Jahrhundert wäre mit der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit meist der ganze seit Jahrhunderten bestehende Vorzug der Städte für Gewerbe und Handel gefallen. Stadt und Land seien sich überall rechtlich gleich gestellt worden; die städtischen Mauern seien, mit Ausnahme einzelner Festungen, überall gefallen, in Preußen schon unter Friedrich Wilhelm I. Noch weniger hätten die Dörfer weiter solchen Schutzes bedurft: „immer reiner und unbedingter konnten die natürlichen und die volkswirtschaftlichen Ursachen die ganze Bevölkerungsverteilung im Raum beherrschen, zumal wo eine gute moderne Gemeindegesetzgebung und eine gute Bau- und Gesundheits- und Niederlassungspolizei jeder gesunden lokalen Wirtschaftsentwicklung gleichmäßig Licht und Luft zum Gedeihen sicherte, während im achtzehnten Jahrhundert zwar die von fürstlicher Politik besonders begünstigten Residenzen, Handels- und Manufakturstädte sich vergrößert hatten, aber in allen andern Städten und auf dem platten Lande das starre Herkommen kaum eine Änderung gestattet hatte.“

Freilich ohne Bedenken und Schattenseiten sei die Wandrung auch heute nicht. Bücher sagte mit Recht, der Zug nach der Stadt verseze zahlreiche Menschen fast plötzlich aus einer natural- in eine geld- und kreditwirtschaftliche Lebenssphäre, und die sozialen Gewohnheiten seien dadurch in einer Weise bedroht, die den Menschenfreund mit schweren Sorgen erfülle. Aber er fügte hinzu, man überschätze oft die Mobilisierung der Gesellschaft sehr. Der heutige Arbeiter „wandere“ weniger als früher der Geselle — was doch aber nur in recht beschränktem Sinne richtig ist —, und die Mehrzahl der Wandrungen suche ihr Ziel in der Nähe, oft nur im nächsten Dorf — was für das ostdeutsche Landfluchtgebiet sicher nicht mehr richtig ist. Und im ganzen entspreche die Wandrung eben der durch den neuen Verkehr nötig gewordenen Verlegung aller Standorte der Industrie und der Landwirtschaft, der Umbildung aus den Zuständen der Stadt- und Territorial- in die der National- und Weltwirtschaft.

Die Sorgen, die sich Bücher wegen der veränderten Lebensweise der in die Großstadt gewanderten Landleute macht, sind nur zu sehr gerechtfertigt, wie ich schon bei der Besprechung der Rauchberg'schen Akklimatisierungstheorie anerkannt habe, und woran ja auch niemand zweifelt. Auch was Schmoller sonst über die physisch und die sittlich nachteiligen Einflüsse des Stadtlebens im Vergleich mit dem Landleben sagt, ist sehr gut und hundertmal maßvoller als die Behauptungen mancher seiner Schüler, nach denen in den Großstädten bei der jetzigen Bauart der Wohnhäuser überhaupt nur noch ein geistig und körperlich ganz verkommenes Gefindel heranwachsen könnte. Es ist hier nicht Raum, auf diese teils agitatorischen, teils ultradoktrinären Übertreibungen der Erdgeruchfanatiker näher einzugehen. Aus Erfahrung weiß ich, wie ideal die „kleinen Leute“ in den Dörfern an der Ober und auch in Teilen der Eifel und des Hunsrücks leben, wo die Kohlnahrung eigentlich erst durch die Kartoffelkost ersetzt ist, Brot und Mehl aber weniger mitspricht als an der Unterelbe Fleisch. Ich weiß auch, wie der Kartoffelschnaps heute wie vor

dreißig Jahren namentlich in den rekrutenreichen polnischen Landwirtschaftsbezirken meiner Heimat bei Vater und Mutter tagtäglich seine auch äußerlich erkennbare Wirkung übt und durch die Muttermilch dem Säugling beigebracht als das probateste Schlafmittel beliebt ist. Wie das alles eine besonders kriegstüchtige Nachkommenschaft zustande bringt, weiß ich freilich nicht. Wohl aber weiß ich auf der andern Seite wieder, daß die Berliner und die Kölner Jungen 1866 und 1870/71 an wirklicher Kriegstüchtigkeit den Bauernjungen von der obern und mittlern Oder nicht nur gleich, sondern in sehr vielen Beziehungen, auch an Ausdauer in körperlichen Strapazen, überlegen waren. Die Rekrutenzüchtungsprobleme unsrer Sozial- und Bodenreformer lassen mich deshalb vorläufig noch ziemlich kalt. Auch Herr Dr. Bonne hätte die von ihm kürzlich so gründlich und unwiderleglich nachgewiesene „Notwendigkeit der Reinhaltung der deutschen Gewässer“*) durch einen doktrinären Exkurs in dieses Gebiet zu unterstützen gar nicht nötig gehabt. Die schlesischen Leineweber, deren Wohnverhältnisse dem sozialreformerischen Ideal recht nahe kamen, waren und sind ein noch viel jämmerlicherer Schlag, als die Hamburger Schauerleute waren, die noch in den alten Twieten und Wohnhöfen hausten.

Noch einmal: die Notwendigkeit durchgreifender Maßregeln mit großen Mitteln gegen die Überfüllung der Großstädte mit ihren Vororten und gegen die sich daraus ergebenden schlechten Wohnverhältnisse namentlich der Arbeiterklasse steht mir außer allem Zweifel. Ebenso aber auch, daß die von der Regierung wohl ernstlich geplante große Hilfsaktion zum Schiffbruch führen muß, wenn ihr Kurs sich nicht mehr, als das vorläufig den Anschein hat, von der doktrinären sozialistischen und bodenreformstüchtigen Zeitströmung unabhängig zu halten weiß.

Daß nach 1800 die Großstädte in Preußen gar so sehr ins Kraut geschossen sind, ist in gewissem Sinne auffallend. Der Merkantilismus hatte den „Flor der Städte“ und Handel und Manufaktur in ihnen gerade in Preußen und besonders in Berlin mit bewundernswertem konsequentem und intelligentem Hochdruck fast anderthalb Jahrhunderte lang zu pouffieren gewußt, auf des Königs Kosten viel Tausende tüchtiger Gewerbsleute aus dem In- und dem Ausland immer neu herbeizuholen verstanden, sie mit Wohnung und Grundbesitz beschenkt, durch reichliche Gelder und Aufträge geschäftlich unterstützt und gegen jede Konkurrenz des platten Landes wie des Auslands nachdrücklichst geschützt. Berlins Bevölkerung war denn auch von 1700 bis 1800 von 28500 auf 172000, also um 143500 Köpfe oder 500 Prozent gestiegen. Die Stein-Hardenbergischen Reformen brachen mit dieser künstlichen Großstadtzüchtung grundfänglich. Die gewaltige Vervollkommnung der Verkehrsmittel, die später folgte, begünstigte an sich die Dezentralisation der gewerblichen Produktion ebenso sehr wie die Konzentration, und der Sieg der Maschinenarbeit im großstädtischen Gewerbe mußte, sollte man meinen, die Wasserkopf-

*) Leipzig, F. Leineweber, 1901.

bildung eher verlangsamten als beschleunigen. Trotzdem hat sich Berlin — ohne die Vororte — von 1800 bis 1900 von 172000 auf 1888000 Einwohner, also um 1716000 oder 1000 Prozent vergrößert. Und während sich vom Ende des Siebenjährigen Kriegs bis 1800 die Einwohnerzahl um etwa 50 Prozent vermehrte, stieg sie von 1867 bis 1900 um ganze 1186000 Köpfe oder um 169 Prozent. Schätze an Roh- und Hilfsstoffen sind dabei an Ort bekanntlich nicht gehoben worden. Ist dieser Vorgang wirklich so ganz rein und unbedingt von den natürlichen und volkswirtschaftlichen Ursachen beherrscht worden? Oder hat nicht auch die „liberale“ Großstadtpolitik des achtzehnten Jahrhunderts in den natürlichen Gang der Dinge, die Wasserkopfbildung begünstigend, eingegriffen? Vielleicht unbewußt, und weil sie ganz wie unsre modernen Kathedersozialisten an eine höhere Gewalt, die das nun einmal doch zu Wege bringe, glaubte; weil sie gehoben zu werden meinte, auch wo sie selber schob. Schmoller hat Recht, wenn er daran erinnert, daß auch die großen Gesetzgeber, die die Volkswirtschaft im Sinne der freien Erwerbsordnung gestaltet hatten, wie Napoleon I., Hardenberg usw. niemals auf die allgemeine Leitung der Volkswirtschaft durch Handels- und Verkehrspolitik und auch niemals auf tief in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit der Einzelnen eingreifende staatliche Maßnahmen und Anordnungen verzichtet hätten, wo das Gesamtgelingen es zu erfordern schien. Welchen ungeheuern Einfluß auf die Bevölkerungsverteilung im Raum und namentlich auf die örtliche Verteilung der industriellen Erwerbsgelegenheit haben nicht die deutschen Staaten — um nur eins zu nennen — durch die Aufsicht über den Eisenbahnbau und dann Preußen vollends durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen gewonnen und ausgeübt! Es ist jedenfalls aller Grund vorhanden, anzunehmen, daß schon dadurch die Konzentration der Industrie und ihrer Arbeiter in den Großstädten, und gerade auch in solchen, die nicht durch Roh- und Hilfsstofflager oder anderweit natürlich zu Industriezentren prädestiniert sind, bis heute viel mehr, als wirklich natürlich und nötig war, gefördert worden ist. Den verkehrspolitischen schlossen sich eine Reihe anderer Maßnahmen an, staatliche und kommunale, die dahin führten, daß schließlich jede Großstadt auch zum Industriezentrum gemacht worden ist, als wenn sie sonst nicht gedeihen und glücklich sein könnte. Man war und ist noch ganz allgemein geneigt, den industriellen Rückgang in einer Großstadt als Beweis für ihren wirtschaftlichen Verfall überhaupt anzusehen und dagegen eifrig anzukämpfen. Das ist ein verhängnisvolles Vorurteil, dessen Beseitigung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Abstellung der großstädtischen Wohnungsnot ist.

Schmoller hat die Wirklichkeit wohl nicht ganz richtig gezeichnet, wenn er sagt, die einzelnen Groß- und Mittelstädte paßten sich immer mehr verschiedenartigen Spezialzwecken an: als Handels-, Industrie-, See-, Binnen-, Universitäts-, Residenz-, Festungs-, Garnison-, Badestädte usw. Freilich konzentrieren sich noch immer die großen Industrien des Maschinenbaus, der Spinnerei, der Weberei, der Gerberei, der Eisenverhüttung, der Zuckerindustrie,

die er nennt, vielfach aus natürlichen Gründen der Lage dauernd oder auch, weil von alters her eine darauf eingerichtete Unternehmer- und Arbeiterschaft nun einmal da ist, für längere Zeit ganz besonders an gewissen Orten. Aber eine charakteristische Erscheinung der Neuzeit ist es doch wohl eher, daß Residenzen, Universitäts-, Handels- und andre Großstädte, die es in dem Maße absolut nicht nötig haben, auch Industriezentren geworden sind und sich eine große, neu zu akklimatisierende Industriearbeiterschaft zugezogen haben, die die Last der sozialen Fürsorge — ganz abgesehen von ihrer erfreulichen Verbesserung und dadurch sehr viel größer gewordenen Kostspieligkeit in sich — schon jetzt ungeheuer steigert. Die Statistik kann uns keinen recht genauen Aufschluß darüber geben, wie sich die deutschen Großstädte verindustrialisiert haben, schon der leidigen Vororte wegen, die bei vielen in neuerer Zeit einen sehr großen Teil des industriellen Arbeiterzuzugs aufgenommen haben. Immerhin hat ein Vergleich der in der Industrie beschäftigten Arbeiter mit denen in Handel und Verkehr hier Interesse.

Die Zahl der Arbeiter — im Unterschied von den Selbständigen und den Angestellten — mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf in der Industrie einerseits und in Handel und Verkehr andererseits in den 28 deutschen Großstädten, die damals 100000 und mehr Einwohner hatten, wurde bei der Berufszählung von 1895 wie folgt ermittelt. Im Handel sind zu den Arbeitern auch die Handlungsgehilfen und Kommis in Ladengeschäften, Verkäufer und dergleichen gerechnet.

	Industrie (Tausend)	Handel und Verkehr (Tausend)		Industrie (Tausend)	Handel und Verkehr (Tausend)
Königsberg i. P.	38	18	Barmen	65	7
Danzig	34	12	Krefeld	40	4
Berlin	594	178	Köln	111	40
Charlottenburg	37	12	Aachen	45	8
Stettin	35	22	München	123	44
Breslau	118	43	Nürnberg	59	16
Magdeburg	74	27	Dresden	101	25
Halle a. S.	37	12	Leipzig	142	48
Altona	42	20	Chemnitz	74	13
Hannover	65	18	Stuttgart	44	15
Dortmund	55	10	Braunschweig	43	9
Frankfurt a. M.	54	28	Bremen	41	19
Düsseldorf	74	13	Hamburg	159	109
Elberfeld	60	10	Straßburg i. E.	35	13

Je mehr der Maschinenbetrieb und die Massenproduktion für den öffentlichen Markt zugenommen hat, um so weniger brauchen natürlich die Großstädte für ihren eignen Bedarf eine große industrielle Arbeiterbevölkerung. Die Zahlen, die außerdem, schon der Vororte wegen, wahrscheinlich für die Industriearbeiterschaft verhältnismäßig zu klein sind, lassen eine ungesunde industrielle Hypertrophie bei einer großen Zahl der aufgeführten Orte annehmen und

deuten bei fast allen auf die unnatürliche Neigung, auch Industriezentren zu werden, mehr oder weniger deutlich hin. Der Leser möge sie sich daraufhin einmal einzeln betrachten. Die Arbeiterschaft in Handel und Verkehr hat sich wohl zu einem großen Teil infolge des industriellen Arbeiterzuzugs gleichfalls stark vermehrt. Es handelt sich dabei namentlich um das Personal der Detailgeschäfte, die immer mehr Wohnräume, Wohnhäuser und Wohnstraßen okkupieren und trotz der allgemeinen Tendenz zum Großbetrieb, die man als Zeichen der Zeit verehrt oder verwünscht, eine Überfüllung im Kleinhandel der Großstädte erzeugt haben, wie sie kaum jemals dagewesen ist. Dieses Handelsproletariat kommt und geht mit der industriellen Masse, gehört dazu und braucht uns kaum besondere Schmerzen zu machen. Der eigentliche Großhandel, der ganz besonders in der Großstadt seinen Platz findet, und der für ihren Bedarf nötige, immerhin besonders vielseitige und glänzende Detailhandel brauchte uns überhaupt keine zu machen, wenn der unnötige industrielle Ballast weg wäre. Daß die Verkehrsarbeiterschaft in den großen Seestädten eine *res sui generis* ist, liegt auf der Hand. Aber Hamburg hätte erst recht den Eifer, seine Großindustrie am Ort selbst ins riesige zu züchten, deshalb etwas dämpfen sollen.

Wenn man sich das überlegt, so sollte man doch wirklich alle Hebel in Bewegung setzen, die sogenannte Dezentralisation der Industrie oder vielmehr die möglichste Evakuierung der Industrie aus den Großstädten, die nicht von Natur durchaus zu Industriezentren gestempelt sind — das sind aber verschwindend wenig in unserer Liste —, von der schon lange viel gesprochen wird aber wenig zu sehen ist, endlich in Szene zu setzen. Gewiß wäre es leichter gewesen, eine allen Teilen günstige Entlastung der Großstädte von der Massenindustrie und ihren Arbeiterheeren durchzuführen, wenn man dreißig Jahre früher damit angefangen oder wenigstens diese unglückselige Wasserkopfbildung seit dreißig Jahren nicht mehr gefördert hätte. Aber daß es jetzt damit zu spät wäre, davon kann keine Rede sein. Die Hauptsache ist auch hier das Wollen; das Können wird sich finden.

Schmoller hat Recht, wenn er sagt, immer werde es sich heute hauptsächlich um eine indirekte Beeinflussung aller Siedlungsverhältnisse handeln. Staat und Gemeinden hätten eine solche in der Hand durch die ganze hierauf bezügliche Agrar- und Baugesetzgebung, wie durch den Wege- und Straßenbau und durch die Kontrolle und die Durchführung der Verkehrsmittel und Verkehrsanstalten. Ebenso sei der Bau von Schulen, Kirchen, Märkten, die Konzessionierung von Dampfkesseln der Fabrikanlagen, der Schenken ein indirektes Mittel der Einwirkung. Man werde behaupten können, daß je dichter die Menschen wohnten, desto unentbehrlicher die Herrschaft allgemeiner, vom Gesamtinteresse aus wirkender Ordnungen über den Siedlungsprozeß sei. Aber vor allem kommt es doch darauf an, nicht immer riesigere zusammenhängende Flächen als Großstädte zu besiedeln, auch nicht mit Einfamilienhäusern. Es handelt sich um Dezentralisation der Industrie, d. h. der Arbeiterwohnungen zugleich mit der Arbeitsstätte, nicht der Arbeiterwohnungen allein. Karl Walcker

hat das Ziel schärfer, wenn auch in anderer Weise nicht ganz richtig gezeichnet in seiner Broschüre über die großstädtische Wohnungsnot,^{*)} ihre Ursachen und Heilmittel. Das einzige wirksame, gründliche Heilmittel gegen die großstädtische Wohnungsnot, sagt er, bestehe „in massenhaften Verlegungen großstädtischer Gewerbs- und Handelsgeschäfte nach unbevölkerten Kleinstädten und Ackerbaugegenden.“ Die Handelsgeschäfte könnte er wohl ganz in Ruhe lassen, und daß gerade reine Ackerbaugegenden mit der aus den Großstädten zu verlegenden Industrie beglückt werden sollen, hat auch seine Wenn und Aber. Die Hauptsache ist aber richtig: eine vernünftige Dezentralisation der Industrie muß die industriellen Anlagen zugleich mit den Arbeiterwohnungen räumlich ganz außer Berührung mit den Großstädten bringen. Wenn z. B. Berliner Großbetriebe aus der Stadt nach einem nahen Vorort übersiedeln, vielleicht nach Charlottenburg, Nixdorf oder auch Tegel, so machen sie wahrscheinlich ein recht gutes Terraingeschäft und können auch ihre Arbeitsstätten technisch und hygienisch besser einrichten. Aber eine Dezentralisation der Industrie, wie sie Berlin braucht, wird dadurch nicht erreicht, während dies z. B. bei der Verlegung des großen Spindlerschen Etablissements (Färberei und chemische Wäscherei) nach Spindlersfeld bei Köpenick der Fall war.

Auch darin hat Walcker Recht, daß er als ein wesentliches Mittel zum Zweck der Dezentralisation nicht nur den Eisenbahnbau, sondern auch die Eisenbahntarifpolitik besonders betont. In dieser Beziehung kann Preußen ungeheuer viel thun. Eine Förderung der Dezentralisation der Industrie erwartet man namentlich auch von den großen Wasserstraßenprojekten, die in Preußen der Erledigung harren. Aus den oft gehörten verkehrstechnischen Gründen wohl mit Recht. Aber man würde sich doch einer Täuschung hingeben, wenn man diesen Erfolg durch den Kanalbau ohne weiteres für die unter der übermäßigen Vermehrung der Industrie besonders leidenden Großstädte, namentlich Berlin, erreichen zu können hoffte. In Berlin wird schon mit dem Gegenteil gerechnet, ein neuer Impuls für die Vergrößerung und Vermehrung der großindustriellen Anlagen in der Stadt und in den Vororten und leider auch für die Bauplatzspekulation wird erwartet. Auch bei Hannover, dessen industrielle Niesenblüte mir ebensowenig erwünscht und „naturentwendig“ erscheint wie die Berlins, soll das der Fall sein. Man spricht sogar von einer mächtigen Aufschwung der Berliner Exportindustrie, trotz des teuern Pflasters der Reichshauptstadt.

Diesem Unsinn, wie man nur sagen kann, muß bei Zeiten vorgebeugt werden, soweit es irgend geht. Einmal durch positive Maßregeln zur Schaffung neuer Industriestandorte draußen in der Provinz zugleich mit dem Kanalbau, und wenn große Summen aus Staatsmitteln dazu nötig wären. Dann aber zweitens und hauptsächlich durch rechtzeitige, kräftige Repressionen gegen die industrielle Hypertrophie in den daran leidenden Großstädten selbst. Hier

^{*)} Deutsche Zeit- und Streitfragen. Neue Folge. Heft 102. Hamburg, 1892.

werden — abgesehen von durchgreifenden Verschärfungen der allgemeinen wohnungspolizeilichen Einrichtungen — verschärfte bau-, gesundheits-, verkehr- und sicherheitspolizeiliche Vorschriften für die Anlage von Fabriken aller Art durchgeführt und namentlich die großindustriellen Unternehmer ganz anders als bisher zu den Kosten der kommunalen Aufwendungen, die ihre Etablissements und ihre Arbeiter den Gemeinden verursachen, im voraus herangezogen werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß gerade in Rücksicht hierauf die Errichtung von großen neuen Quartieren mit so billigen und verbesserten Arbeiterwohnungen, wie die Wohnungsreformer verlangen, zu Lasten der Gemeinden oder auch gemeinnütziger und Arbeiterversicherungsfonds, in der Großstadt selbst oder so nah in ihrer Umgebung, daß die Großindustrie bleiben kann, wo sie ist, das Pferd beim Schwanz aufzäumen hieße.

Es ist doch wirklich widersinnig — soweit es sich nicht um Örtlichkeiten handelt, die von der Natur nun einmal zu Industriezentren abgestempelt sind, also eigentlich fast nur um die Montanbezirke —, die großstädtische Wohnungs- und Bodenpolitik ausschließlich oder auch nur hauptsächlich von der billigsten und besten Unterbringung der industriellen Arbeitermassen bestimmt wissen zu wollen. Wenn wir Berlin durch die Anlegung von Arbeiterkolonien mit Ein- und Zweifamilienhäusern, meinetwegen auch vermischt mit billigen „Willen“ u. dergl., veranlassen, sich in gewaltiger Progression horizontal auszudehnen, so werden damit wahrhaftig keine idealen Zustände geschaffen werden, weder für die übrigen Einwohner, noch für die übrigen großen, öffentlichen Zwecke der Stadt. Daß solche vom ostelbischen Zuzuge bevölkerten Viertel gerade die Reize von Gottes freier Natur haben und den Berlinern unmittelbar nahe bringen werden, glaube ich nach allem, was ich in Arbeiterkolonien wo auch immer gesehen habe, bezweifeln zu müssen. Und wenn man von ihnen gar eine „beinahe ideale Verbindung von gewerblicher und landwirtschaftlicher Thätigkeit teilweise unter billiger Selbstversorgung der kleinen Wirtschaften mit Nahrungsmitteln,“ deren Vorteile „kaum zu ermessen“ seien, erwartet,*) so sind das Vorstellungen, die doch sehr der Einschränkung und Berichtigung bedürfen. Die Vernachlässigung des „eigenen Heims“ ist bei dem ostelbischen Landproletariat im allgemeinen sehr arg, und sie wird natürlich auf die großstädtischen Einfamilienhäuser übertragen werden. Ich plädiere wahrhaftig nicht für überfüllte Mietkasernen, aber das weiß ich, weil ichs selbst sehe, daß für die aus dem Osten neu zuziehenden einzelnen Arbeiter und Arbeiterfamilien das Wohnen im großen Miet Hause doch fast in der Regel eine erfreulich wirksame Schulung zu besserer Pflege der Wohnung, größerer Rücksicht auf die so nahe sitzenden Nachbarn usw. bedeutet. Ich habe dabei die Durchschnittsmiethäuser in den seit zehn bis zwanzig Jahren gebauten „unvornehmen“ Vierteln und Vororten vor Augen. Auch an die antisozialdemo-

*) Wohnungsfrage und Wohnungspolitik. Von Dr. S. Bingner, Königlich Preussischem Regierungsrat. Berlin, R. Hoffmann, 1901.

kräftige Wunderkraft des Cottagesystems, wie man es um Berlin herum ins Leben rufen will, ist mir ohne weiteres zu glauben nicht möglich. Die Sozialdemokratie würde in der Fabrik und Werkstatt und in der Kneipe ungeschwächt weiter wirken. Die polizeiliche Überwachung — sie soll hier gar nicht unmittelbar auf die Sozialdemokratie bezogen werden — ist beim Cottagesystem nicht leichter als bei der geschlossenen städtischen Bauart; in wirklich gefährlichen unruhigen Zeiten eher schwerer. Dasselbe gilt in militärischer Rücksicht, z. B. bei Aufständen.

Vor allem ist doch aber dabei auch im Interesse der großstädtischen Gesamteinwohnerschaft und Gesamtzwecke auf die Verteilung der Kosten für die verlangte neue Wohnungs- und Bodenpolitik Rücksicht zu nehmen. Die grundsätzlich geforderte Bebauung mit getrennt stehenden kleinen Häusern mit Gärten ist nun einmal in der Umgebung der Großstädte, namentlich der ältern, allgemeinen Zwecken dienenden ganz besonders kostspielig. Die Wohnungen sollen zu „Mindestpreisen“ an die Arbeiter abgegeben werden, d. h. noch unter den bisherigen Durchschnittspreisen für Wohnungen in Stadthäusern alter Bauart. Wer soll die Kosten tragen? Die Gemeinden, die doch weder das Maß des Zugangs in der Hand, noch davon eine Steigerung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu erwarten haben, vielmehr das Gegenteil? Nicht einmal das generelle Verlangen, daß sie ihren eignen Grundbesitz, für den sie freilich keinen Ankaufspreis flüchtig zu machen hätten, einfach dem Arbeiterwohnbedürfnis der Industrie zum Opfer bringen, entspricht der Gerechtigkeit gegen die Interessen der kommunalen Gesamtheit in Gegenwart und Zukunft. Sie sollen diese Sparbüchse, deren Beträge sie vielleicht über kurz oder lang sehr nötig brauchen werden für andre dringende öffentliche Zwecke, zu diesem einen Zweck ausschütten, der ihnen eine noch größere soziale Fürsorgelast durch das Hereinströmen neuer Arbeitermassen aufbürdet. Oder sollen sie die Terrains, die sie nicht besitzen, aus Anleihemitteln kaufen und dann für den reinen Ackerwert als Bauland den Arbeiterkolonien überlassen? Jemand muß doch die ungeheuern Kosten tragen, Menschen müssen dafür Opfer bringen, Schaden erleiden, Bürger, deren Leistungsfähigkeit nicht feststeht, und bei denen von einer Verteilung der Last nach Leistung und Gegenleistung gar nicht die Rede sein kann. Auch wenn man die Kosten zum Teil auf gemeinnützige Fonds, auf die Arbeiterversicherungsanstalten und dergl. abwälzen zu können meint, immer wirft man Mittel, die anderweitig vielleicht dringend nötig gebraucht werden können, einfach zum Fenster hinaus, wenn man die idealen Arbeiterwohnungen für den „Mindestpreis“ in den Großstädten selbst und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in Masse anlegt, statt draußen in der Provinz, wo diese Mehrkosten wegfallen. Natürlich geht alles, wenn man das Land, das man braucht, einfach konfisziert vielleicht gegen Erstattung eines minimalen Acker- und Heidewerts, wie er in der Kaschubei ganz berechtigt wäre. Die alte Formel: Eigentum ist Diebstahl, braucht man dazu freilich nicht, es genügt zu sagen: großstädtisches Grundeigentum ist Diebstahl. Aber auch nicht alles,

sondern nur was noch unbebaut ist und man gerade braucht, um die Marotte durchzuführen, durchaus in der Großstadt, an der ungeeignetsten, teuersten Stelle im ganzen Land, die neuen Besiedlungen zu schaffen. Das Neben- und Durcheinander von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft, von kommunistischer Beseitigung und individualistischer Erhaltung des Privateigentums am großstädtischen Grund und Boden, wie es in den jetzt auftauchenden Projekten, z. B. dem des Regierungsrats Bingner, aus dem Armeel geschüttelt wird, kann niemals zu einer dauernden, befriedigenden Ordnung führen, sondern immer nur das ehrliche, klare, radikale Verlangen nach Abschaffung des großstädtischen Grundeigentums und nach einer strikt durchzuführenden sozialistischen Reform des großstädtischen Wohnwesens überhaupt ins Recht setzen, wie es Adolf Wagner verfißt, gegen das man aber doch mit Zug und Recht die allerentschiedenste Verwahrung einlegen muß.

Auch daran ist hier zu erinnern, daß nach Lage der heutigen Gemeindesteuergesetzgebung in Preußen die von den Bodenreformern den Großstadtgemeinden zugemutete neue Wohnungs- und Bodenpolitik wahrscheinlich zu den ärgsten Ungerechtigkeiten gegen die gegenwärtigen Miethausbesitzer führen würde, die man freilich allgemein als grundsichlechte Kerle und als vogelfrei behandeln muß, wenn einem an der *aura popularis* etwas liegt. Weil sie von den Leistungen der Gemeinde einen besondern Vorteil in der Ertragswertsteigerung ihrer Häuser haben, hat man sie mit Recht auch ganz besonders zu den Gemeindesteuern herangezogen. Man wird sie ohne Schaden mit der Zeit noch kräftiger heranziehen können und ihnen außerdem durch eine schärfere Bau- und Wohnungspolizei die Erträge der Häuser noch weiter beschneiden müssen. Aber sie für kommunale Aufwendungen, die unmittelbar und ausgesprochen den Zweck haben, ihre Häuser zu entwerten, was die verlangte neue Wohnungs- und Bodenpolitik will, mit höhern Abgaben zu belasten, wäre doch auch solchen Sündern gegenüber ein etwas starkes Stück. Es scheint mir überhaupt viel zu wenig untersucht zu werden, ob und inwieweit denn überhaupt nach den heute geltenden Rechtsgrundsätzen diese ganze neue Aufgabe den Gemeinden aufgebürdet werden darf. Es scheint so, als ob man annähme, daß sich das doch ganz von selbst verstehe. Schon in den im allgemeinen heute noch oder vielmehr heute gerade sehr lesenswerten, maßvollen und durch Eingehn auf die praktischen Schwierigkeiten der Frage sich vor den allerneuesten Projektmachereien auszeichnenden Gutachten und Berichten, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Verein für Sozialpolitik über die Wohnungsnot der ärmern Klassen in deutschen Großstädten herausgegeben hat, ist diese Frage mehrfach nicht richtig behandelt worden.

So begründet z. B. der Bürgermeister Lange in seinem Gutachten über die Wohnungsverhältnisse in Bochum die Verpflichtung der Stadtgemeinden zur Verhütung und Beseitigung der Wohnungsnot und im besondern auch zur Erbauung von Arbeiterwohnungen durch den § 1 des Ausführungsgesetzes über den Unterstützungswohnitz vom 8. März 1871, in dem es heißt: „Jedem hilfsbedürftigen Deutschen ist in dem zu seiner Unterstützung verpflichteten Armen-

verbande Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Fall seines Ablebens ein angemessenes Begräbnis zu gewähren.“ Er verwies dabei auf das Preussische Landrecht, das sage: „Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von Privatpersonen, die nach besondern Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können.“ Da aber die Anforderungen an den Staat nach allen Richtungen hin so gesteigert wären, daß entweder neue Steuerquellen gefunden werden müßten, oder die bisherige Besteuerung der Staatsbürger sehr zu steigern wäre, so werde man gut thun, die Gemeinden in Anspruch zu nehmen. Dieser auch heute wieder und zwar viel allgemeiner vorkommenden Unklarheit und Begriffsverwirrung gegenüber muß auf das allerbestimmteste ausgesprochen werden, daß weder das Landrecht noch das Unterstützungswohnitz- und Ausführgesetz dazu die Großstadtgemeinden zum Bau von Arbeiterhäusern verpflichtet, höchstens zur Erhaltung ordentlicher Armenhäuser und Asyle für Obdachlose, ja daß die Großstadtgemeinden auf Grund der bestehenden Gesetzgebung eine ihnen so ganz allgemein zugemutete Verpflichtung zur Begründung großstädtischer Arbeiterkolonien mit Einfamilienhäusern zu einem „Mindestmietpreise“ usw. auf Kosten der Gemeinden sogar entschieden zurückweisen müßten. Eine reinliche Scheidung zwischen Armenpflege und Wohnungspolitik thut dringend not, die Verquickung beider führt zu geradezu unabsehbarem Unfuss. Leider beherrscht sie aber, wie es scheint, bis obenhin die Situation.

Schmoller schreibt: „Der Weg einer Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Grund- und Hausbesitzes einzelner Städte gegen Entschädigung des Eigentums würde aber sicher nicht zum Ziele führen; er würde gar zu leicht das Beamtentum und die Kommunalverwaltung korrumpieren.“ Das läßt sich ja hören, obwohl dem Wesen der Sache und dem aus ihr entspringenden Hauptbedenken damit in keiner Weise zuleibe gegangen wird. Aber der unklaren Projektenmacherei leistet Schmoller denn doch in unverantwortlicher Weise Vorschub, wenn er fortfährt: Eher ließe sich denken, daß da, wo die Mißstände zu grell würden, mit Hilfe eines Spezialgesetzes der Grund- und Hausbesitz einer Stadt oder wenigstens dieser oder jener Vorstadt einer selbständigen, halb öffentlichen, halb erwerbsthätigen Korporation übergeben würde, deren Aktionäre aus den bisherigen Grund- und Hausbesitzern, deren Gläubiger aus den bisherigen privaten Hypothekenbesitzern beständen. Die Korporation erhielte eine gemischte Leitung, in der Staat, Kommune, Aktionäre, Gläubiger und Mieter vertreten sein würden; ebenso müßte der Gewinn zwischen diesen Elementen geteilt werden. „Leicht herstellbar wäre freilich auch ein solcher Apparat nicht, aber er erlaubte, die schlimmsten der heutigen Wohnungsmißstände zu beseitigen, ohne Staat und Gemeinde mit all zu schwierigen Aufgaben und mit zu viel Versuchung zu Nepotismus und Bevorzugung zu belasten. Solange derartige möglichst erscheint, ist es Aufgabe der Genossenschaften,

gemeinnützigen Gesellschaften, Stiftungen, human und billig geleiteten Aktiengesellschaften, nach und nach möglichst viel Haus- und Grundbesitz an sich zu ziehen, das private Haus- und Grundeigentum, soweit es zu schlechter Verwaltung, korrupten Mietverträgen, Bauschwindel und ähnlichem führt, in ein gut verwaltetes Eigentum von solch höher stehenden Gesellschaftsorganen überzuführen.“ Und schließlich: „In kleinen Städten und auf dem Lande liegt zu all dem kein Bedürfnis vor.“ Das heißt doch wahrlich mit den allerernstesten praktischen Fragen ex cathedra spielen. Wir wollen abwarten, bis die in den preussischen Ministerialerlassen vom 19. März in Aussicht gestellten Gesetzesentwürfe vorliegen. Vielleicht werden sie versuchen, einen „solchen Apparat,“ obgleich er nicht „leicht herstellbar“ ist, doch zu konstruieren. Vielleicht ist der vom Königlich preussischen Regierungsrat Bingner erfundene nur ein Modell für unsre sozialen Gesetzeswurfabriken in Staat und Reich. Auf dem Papier ist auch das unmögliche möglich. Vorläufig giebt es dieser Reformsucht gegenüber nur eine Parole: Hinaus aus der Großstadt mit der Massenindustrie und den Arbeitermassen; dorthin mit ihnen, wo für die ganze neue sozialistische Wohnungs- und Bodenpolitik nach Schmoller kein Bedürfnis vorliegt. Dann wird in den Großstädten die Bahn frei werden für eine scharfe Wohnungspolizei mit wirksamer, unabhängiger Wohnungsinspektion und für den erfolgreicheren Kampf gegen den Bauplatz- und Wohnungswucher durch Wohnungsbau für die eignen Beamten und Arbeiter zunächst von seiten des Staats und der Gemeinden, aber dann auch — wenn nicht willig, gezwungen — von seiten der großen Erwerbsunternehmungen, die an den Ort gebunden sind. Dann wird die Bahn frei werden auch für genossenschaftliche Wohnungsbeschaffung ohne Almosenzuschüsse, wie sie in England und Amerika seit langer Zeit in Blüte steht, natürlich nur da, wo sie am Platze ist. Freilich wird diesen Maßnahmen der Glorienschein fehlen, den die modernen Projektentmacher für ihre von „sozialem Öl“ triefende Stirn erstreben, aber die sozialen Reformen werden auf sicherem, festem, erprobtem Grunde erstehn, allen zur Freude und niemand zu Leide. Die ungeheuern Gewinne, die die Berliner Bodenspekulation in den letzten fünfzehn Jahren dank des beispiellosen Zuflusses der Industriearbeiter, aber auch dank einer beispiellos starken, anhaltenden, aber in der Hauptsache nur erfreulichen Zunahme des Reichtums der Bevölkerung eingeheimst hat, so widerlich dieser Tanz um das goldne Kalb auch jeden anständigen, gebildeten Mann anmuten mußte, darf uns nicht verleiten, die zu lösende Frage ab irato zu behandeln. Die agitatorische Verwertung dieser Widerlichkeiten spricht am wenigsten für die Güte der Sache, die die sozialistischen Reformsuchtler vertreten. Aber darauf näher einzugehn wollen wir uns vorläufig versagen. Es wird sich dazu noch Gelegenheit finden.

ß

